Zeitschrift: Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte = Société Suisse d'Histoire Economique et Sociale

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Band: 18 (2002)

Rubrik: Abstracts = Résumés

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Abstracts / Résumés

Giovanna Procacci
Pour une généalogie de l'Etat social

Cet article porte sur le débat qui accompagne ce qu'on appelle actuellement la crise de l'Etat social. On y regarde, le plus souvent, les acquis de la socialisation (droits sociaux, risques sociaux, protection sociale) comme un obstacle à l'efficacité économique et comme un élément d'oppression de l'individu. Cette vision domine aussi l'analyse des politiques sociales destinées à contrer la pauvreté, ces politiques contre l'exclusion sociale qui se répandent sous l'impulsion de l'Union européenne. A les regarder de plus près, toutefois, ces politiques mettent en œuvre une logique qui nie l'existence d'un risque social de pauvreté et en réduit l'analyse à la responsabilisation du sujet (les parcours individuels d'exclusion). D'une part, une telle approche empêche de voir combien l'exclusion sociale est le produit de processus sociaux, avant tout de la précarisation actuelle du travail; d'autre part, elle pousse à remplacer les droits sociaux par une logique des droits de l'homme, au risque de reléguer la pauvreté dans le cadre étriqué de l'assistance humanitaire.

Daniel Gredig
Von der «Gehilfin» des Arztes zur professionellen Sozialarbeiterin. Professionalisierung in der sozialen Arbeit und die Bedeutung der Sozialversicherungen am Beispiel der Tuberkulosefürsorge Basel (1911–1961)

Die Entwicklung der sozialen Arbeit als Profession ist in der Schweiz bislang kaum untersucht worden. Im Lichte der historischen Forschung zur Professionswerdung der sozialen Arbeit in Deutschland geht diese Arbeit nun am Beispiel der Tuberkulosefürsorge in der Schweiz der Frage nach, ob dieser Zweig der modernen Fürsorge im Zeitraum von seiner Einrichtung im Jahr 1906 bis zur Phase seiner Umstrukturierung in den 1960er-Jahren einen Prozess der Professionswerdung durchlief, was die Bedingungen dafür waren und ob dieser Prozess denselben Linien folgte, wie die Professionswerdung der sozialen Arbeit in Deutschland.
Die Rekonstruktion der Entwicklungen der fürsorgerischen Tätigkeit auf der exemplarisch

untersuchten Tuberkulosefürsorgestelle Basel-Stadt basiert auf schriftlichen, unveröffentlichten und publizierten Quellen sowie verbalen Daten aus Erinnerungsinterviews mit ehemaligen Mitarbeiterinnen dieser Stelle. Sie zeigt auf, dass die Tuberkulosefürsorge einen Prozess der Professionswerdung durchlaufen hat. In Übereinstimmung mit dem in Deutschland beobachteten Prozess nimmt die Tuberkulosefürsorge ihren Anfang bei einem pädagogisch formulierten Problem und folgt bei ihrer Weiterentwicklung einer Linie, die von der Verberuflichung über die Verfachlichung zur Entwicklung einer lebensweltbezogenen Professionalität verläuft. Die Untersuchung lässt überdies erkennen, dass die Professionalisierung von zusätzlichen Bedingungen begünstigt wurde, die auf der Ebene der einzelnen Institutionen anzusiedeln sind.

Nicole Schaad
Medizin in der Fabrik. Die Rolle der Fabrikärzte in der Basler Chemieindustrie (1874 bis 1940)

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts stellten die Chemieunternehmer Fabrikärzte ein, die erkrankte und verunfallte Arbeiter zu behandeln hatten. Die Erforschung von Berufskrankheiten blieb indes den frei praktizierenden Ärzten vorbehalten. Erst mit der Einführung medizinischer Reihenuntersuchungen (Ende der 1920er-Jahre) erwarben die Fabrikärzte ein Fachwissen, das ihre Position als Experten bei der Beurteilung von Berufskrankheiten stärkte.
In diesem Aufsatz geht es um den ärztlichen Dienst und die Rolle der Fabrikärzte in der Basler Chemieindustrie von 1874 bis 1940. Im Zentrum stehen folgende Fragen: Über welche Handlungsspielräume und welche Kompetenzen verfügten die Fabrikärzte im Betrieb? Welche Kriterien wurden bei der Erfassung von Gesundheitsrisiken und der Beurteilung von Berufskrankheiten angewandt? Beeinflussten die medizinischen Reihenuntersuchungen die Wahrnehmung von Berufskrankheiten und ihren Umgang damit?
Ausgehend von folgenden Thesen wird die Bedeutung ärztlicher Untersuchungen für die industrielle Produktion analysiert: Die Fabrikärzte gerieten mit ihrer betrieblichen Tätigkeit ins Spannungsfeld von Betrieb, Medizin und Sozialpolitik. Mit dem kontinuierlichen Ausbau ärztlicher Dienstleistungen und medizinischer Untersuchungen beanspruchten sie zunehmend das Deutungsmonopol für die Beurteilung von Berufskrankheiten.

Martin Lengwiler
Expertise als Vertrauenstechnologie. Wissenschaft, Politik und die Konstitution der Sozialversicherungen (1880–1914)

Der Beitrag geht von drei neueren Erklärungsmodellen zur Entstehung des modernen Sozialstaates aus: dem sozialhistorischen, dem institutionalistischen und dem wissenschaftshistorischen. In der jüngeren Forschung sind Sozialversicherungen ein frühes Beispiel für die politische und gesellschaftliche Legitimationskraft wissenschaftlicher Expertise in modernen Gesellschaften. Im Mittelpunkt des Beitrags steht die Frage, worauf sich diese Legitimationskraft gründet. Untersucht wird die Vorgeschichte der schweizerischen Kranken- und Unfallversicherungsgesetzgebung, nicht zuletzt weil im schweizerischen

Referendumssystem die politische Legitimität wissenschaftlicher Expertise besonders deutlich wird. Der Beitrag argumentiert, dass wissenschaftliche Expertise im Allgemeinen und Quantifizierungsprozesse ganz besonders eine Vertrauenstechnologie bildeten und dadurch eine politisch und sozial wichtige Integrationsfunktion ausübten. Der Diskurs um die soziale Frage war durch die Antagonismen der beteiligten Parteien seit den 1880er-Jahren zunehmend blockiert. Der Einbezug wissenschaftlicher Expertise ermöglichte in dieser Situation einen Ausweg aus der Sackgasse, scheinbar jenseits der interessebestimmten Politik. Bei der Konstitution des Sozialstaats standen zwar die sozialpolitischen Konfliktparteien im Rampenlicht, die historischen Gewinner des Versicherungsmodells waren dagegen die politisch engagierten Vertreterinnen und Vertreter der frühen Sozialwissenschaften.

Daniela Saxer
Klinik des Sozialen und frühe Sozialwissenschaft. Das Beispiel der gescheiterten Akademisierung der Armenpflege in Zürich (1900–1914)

Sozialpolitisch engagierte Kreise setzten sich vor dem Ersten Weltkrieg für eine universitäre Vertretung des Faches «Armenpflege» an der Universität Zürich ein. Die Befürworter konnten allerdings nicht genügend externen Druck mobilisieren, um die negative Expertise der staatswissenschaftlichen Fakultät zu brechen, die den Gegenstand mit dem Hinweis auf seine interventionsbezogene Prägung als unwissenschaftlich beurteilte. Im Unterschied zur ebenfalls praxisbezogenen, in Zürich aber im gleichen Zeitraum erfolgreich akademisierten Handelslehre verwies die Fürsorge auf ein heterogenes, noch nicht verberuflichtes Handlungsfeld; sie funktionierte in vielen Bereichen ehrenamtlich und konnte auf keine einflussreiche Lobby zählen.
Die Episode erlaubt Einblicke in Konzepte kommunaler Wohlfahrt, die von Fürsorgebeamten und Politikern, sozialwissenschaftlich interessierten Gruppierungen und universitären Nationalökonomen verfolgt wurden. Unterschiedliche Formen von sozialpolitischem Expertenwissen wurden dabei zur Diskussion gestellt und schliesslich neu klassifiziert. Die Institutionalisierungsanläufe zeigen ausserdem exemplarisch auf, wie umstritten der gesellschaftliche und epistemische Status der entstehenden Sozialwissenschaften war. In Absetzung von der universitären Nationalökonomie kursierten in Befürworterkreisen Konzepte, die sich an der angloamerikanischen Settlement- und University-Extension-Bewegung orientierten und eine Klinik des Sozialen als integralen Bestandteil sozialwissenschaftlicher Erkenntnis forderten. Die Gestalt der frühen Sozialwissenschaften erscheint in dieser Mikroperspektive als konkreten sozialen Verhandlungen ausgesetzt.

Rainer Egloff
Schweizer Modelle im internationalen Diskurs sozialstaatlicher Expertise um 1900. Das Beispiel des amerikanischen Soziologen Charles Richmond Henderson

Internationale Wahrnehmungen der Schweiz – Bilder beziehungsweise Narrative des Schweizerischen aus nichtschweizerischer Perspektive – sind ein wenig erforschtes historisches Feld. Umso mehr gilt das für internationale Perzeptionen schweizerischer

Sozialstaatlichkeit. Demgegenüber zeigt die vorliegende Fallstudie zunächst, dass die Schweiz in der US-amerikanischen Wohlfahrtsstaatsdebatte an der Wende zum 20. Jahrhundert erstaunlich oft auftritt. Für die Schriften des frühen Chicagoer Soziologen Charles Richmond Henderson wird erörtert, dass die Schweiz allerdings nur teilweise als positives Beispiel vorgeführt wird – etwa im Bereich des Strafvollzugs. In anderen Bereichen scheint sich der prominente Schweizauftritt dagegen teilweise einfach der relativ hohen Verfügbarkeit von einschlägigen Publikationen mit Statistiken und anderen Daten zu verdanken. Neben der Erhebungs- und Publikationsfülle spielen für die schweizerische Präsenz im internationalen Konzert sozialstaatlicher Expertise persönliche Netzwerke, initiative Expertenpersönlichkeiten in internationalen Wohlfahrtsorganisationen sowie häufige Kongressbeteiligungen und -veranstaltungen wichtige Rollen. Die Schweiz erscheint im internationalen Vergleich zwar kaum als Pionierin sozialstaatlicher Massnahmen, sie darf jedoch als eine Vorreiterin im Bereich der Herstellung und Verbreitung von Wissen zur Problematik sozialer Wohlfahrt angesehen werden.

Luca Pellegrini
Les enjeux du financement de l'assurance vieillesse, survivants et invalidité (1918–1920)

A la fin de 1918, dans le contexte d'après la Grève générale, les milieux dirigeants, les fédéralistes romands, les paysans ainsi que la majorité des catholiques-conservateurs – le front qui s'oppose *de facto* à la réalisation de l'AVSI – n'ont pas la possibilité de revendiquer un article constitutionnel vague, qui permette de renvoyer toutes les questions importantes à la législation, en espérant se trouver alors dans un rapport de forces plus favorable. Dès lors, ils se trouvent contraints de chercher un autre moyen pour se mettre à l'abri de mauvaises surprises: ils le trouvent dans le lien entre le principe de l'AVSI et son financement *(Koppelungsfrage)*. Ce qui leur réussit d'autant mieux, que, pour des motifs tout à fait différents, les socialistes et les radicaux de gauche y sont également favorables. Le front des forces conservatrices est conscient que la prise en considération du problème du financement de l'AVSI, de par le fait qu'il touche directement à la répartition de la richesse et par conséquent aux intérêts spécifiques de chaque classe et couche sociale, cela d'autant plus dans une situation financière difficile, va susciter des affrontements encore plus importants que sur la question du principe de l'assurance.
Comme les forces conservatrices l'ont prévu, la possibilité de trouver une majorité sur un projet de financement se trouve dès le départ compromise. Nous nous efforcerons de montrer en quoi le projet du Conseil fédéral ne pouvait que contribuer au cumul des oppositions à la réalisation de l'AVSI. Nous le ferons en tenant compte du contexte socio-politique et financier des années 1918-1920.

Matthieu Leimgruber
«Réaliser le progrès social sans solutions étatistes». Les caisses de pension face à l'assurance vieillesse et survivants (1920–1950)

La prévoyance vieillesse privée joue aujourd'hui un rôle clé dans l'agencement des assurances sociales en Suisse, notamment depuis l'ancrage du système des «trois piliers» et

l'introduction du caractère obligatoire de la prévoyance professionnelle. L'histoire de ce pan de la prévoyance vieillesse reste pourtant mal connue, malgré la précocité et l'importance de son développement. De même, l'influence politique de ce secteur et les luttes qu'il a menées afin de garantir ses intérêts face au projet AVS sont quasiment absentes de l'historiographie. Cet article présente la structuration d'une association de défense des caisses de pension des grandes entreprises suisses. L'intervention de cette association par rapport aux différents projets de retraite publique amène des éléments nouveaux pour comprendre les destins contrastés de l'AVS de 1931 et 1947. La défense organisée des caisses de pension pour garantir leurs privilèges fiscaux et leur autonomie face aux tentatives régulatrices de l'Etat permet également de mieux comprendre les stratégies patronales et les rapports de forces qui ont caractérisé la mise en place de l'AVS.

Jean-Jacques Monachon
Le plan Beveridge et les débats sur la sécurité sociale en Suisse entre 1942 et 1945

En novembre 1942, la présentation devant le Parlement britannique d'un rapport présentant les grandes lignes d'une sécurité sociale compréhensive a un écho considérable en Grande-Bretagne mais également sur le plan international. La Suisse ne reste pas à l'écart des grandes questions qui occupent les Alliés et qui concernent, au-delà de la victoire contre les forces de l'Axe, la manière dont la société occidentale affrontera les années qui suivront la fin du conflit. La presse helvétique dans son ensemble accorde une grande importance à la «question sociale». Cet article présente ces discussions suisses sur le plan Beveridge qui se prolongent dans différentes revues et dans des numéros spéciaux. Le Conseil fédéral demande également un rapport sur ce plan. Ainsi, les réactions suisses à ce propos donnent une image de la perception helvétique sur la question sociale, dans un contexte international mouvant où s'affrontent deux grands modèles: capitalisme et communisme, unis pendant la durée du conflit contre le nazisme.

Philipp Ischer
Die AHV-Diskussion in der FDP. Die Genese des Sozialliberalismus und die Bemühungen des Freisinns um Orientierung in den 1940er-Jahren

1942/43 kam es in der Schweiz zu einer delikaten Situation: Das in den 1930er-Jahren entwickelte politische Modell der nationalen Integration, das sich am besten mit dem Kürzel «geistige Landesverteidigung» umschreiben lässt, stand zur Disposition. Verschärft wurde die Situation durch die im Herbst 1943 stattfindenden National- und Ständeratswahlen, die die Nervosität noch zusätzlich steigerten. Die FDP geriet zusehends in die Defensive, was sich in ihren Orientierungsproblemen und in ihrem Bemühen um historische Sinnbildung widerspiegelte. Der Sozialliberalismus war ein Produkt der in diesem Zusammenhang einsetzenden kommunikativ verfassten Lern- und Interpretationsprozesse. Er war jedoch nicht der Ausdruck eines freisinnigen Gesinnungswandels, der die spezifische Situation der 1940er-Jahre überdauerte. Wie die Analyse zeigt, war seine normative Verfassung an entscheidenden Stellen Status-quo-orientiert. Der AHV, die integraler Bestandteil des Sozialliberalismusdiskurses war, kam aus freisinniger Sicht in erster Linie

ein hoher symbolischer Wert zu, der sich nicht direkt auf die machtstrukturelle Zusammensetzung der Gesellschaft auszuwirken hatte. Über diesen symbolischen Gehalt konnte sich die helvetisch-liberale Demokratie als eine soziale darstellen, ohne gleichzeitig spürbare Eingriffe in die Einkommens- und Vermögensverteilung der Bevölkerung vornehmen zu müssen. Trotz eines nie gekannten Wirtschaftswachstums blieb die finanzielle Bemessung der Renten denn auch während der ganzen 1950er-Jahre bescheiden.

Jean-Pierre Tabin
L'importance de la question des destinataires de l'assistance publique pour la construction de l'identité nationale. L'exemple de la Suisse

Diverses interrogations reviennent dans les débats sur l'aide sociale. Une de celles-ci est de savoir s'il faut réserver l'assistance aux *«siens»* ou la donner à tous ceux qui la sollicitent, indépendamment de leur origine ou de leur statut. L'évolution du droit de cité helvétique permet de mieux comprendre les liens intrinsèques qui unissent la problématique de l'assistance publique et celle des personnes étrangères dans ce pays.
La Constitution fédérale de 1874 prescrit le principe de l'assistance par le lieu d'origine: la solidarité entre citoyens est une solidarité entre membres d'une même commune. Il n'y a pas de véritable distinction, au niveau de l'assistance sociale, entre non-bourgeois et étrangers et il va falloir attendre le milieu des années 1970 pour que la question de l'assistance aux Suisses originaires d'un autre canton soit résolue. Aucune loi cantonale d'aide sociale ne prévoit désormais de distinction de traitement entre Suisses et étrangers; mais ce n'est pas le cas des nouveaux régimes d'aide sociale apparus ces dernières années. La législation fédérale réserve en outre la possibilité d'un rapatriement des étrangers dans une situation d'indigence durable.
La formation d'un groupe, national ou supranational, s'inscrit dans une dialectique d'exclusion/inclusion qui permet au groupe de se définir comme différent de tout autre. La question des destinataires de l'aide sociale a permis de concrétiser ce lien d'appartenance en faisant jouer le principe d'exclusion.

Gérald et Silvia Arlettaz
L'Etat social et la politique suisse d'immigration et d'intégration (1918-1931). La situation des Italiens

La période de 1918 à 1931 marque une évolution des conceptions politiques tendant à renforcer le rôle de l'Etat, ainsi que des perspectives d'intégration des couches sociales de la population suisse. D'une manière générale, un concept s'établit en norme de la gestion socio-économique du pays, celui de «marché national du travail». Cette nouvelle conception des rapports sociaux implique une redéfinition globale des prescriptions en matière d'immigration et d'intégration des étrangers. Il s'agit de limiter l'immigration, ce qui ne signifie pas de se priver de la main-d'œuvre nécessaire. Le séjour à court terme est donc érigé en principe. Dans ce contexte, la Suisse et l'Italie entrent en négociation pour définir les conditions d'immigration de la main-d'œuvre italienne en Suisse. Il s'agit d'une part d'assurer la main-d'œuvre jugée nécessaire par le patronat suisse. Il s'agit d'autre part

d'examiner les conditions d'une participation des immigrés au marché du travail et aux assurances. Dans la mesure où la Suisse est animée d'une volonté d'élaborer une stratégie d'action sociale, dans la mesure également où elle pense trouver la main-d'œuvre qui lui fait défaut, ces négociations ne peuvent aboutir. Du côté italien, la problématique sur les objectifs de l'émigration en Suisse se complique en raison de la diversité des objectifs profilés par les divers partenaires. Sur le plan suisse, les négociations relèvent des mentalités administratives très fermées sur la défense des prérogatives nationales qui s'inscrivent dans la lutte contre la «surpopulation étrangère» et contre l'«Ueberfremdung».

Regula Stämpfli
Von der Grenzbesetzung zum Aktivdienst. Geschlechterpolitische Lösungsmuster in der schweizerischen Sozialpolitik (1914–1945)

Wenn es auch vermessen wäre, den Krieg als einzigen Ursprung und Motor ökonomischen Wandels und politischen Handelns in der Schweiz zu sehen, so waren die sozialpolitischen Auswirkungen während der Zeit der Grenzbesetzung (1914–1918) und des Aktivdienstes (1939–1945) dennoch beträchtlich. Im Aufsatz wird der Krieg als Gestalter ökonomischer Staatsinterventionen dargestellt, und zwar unter dem Aspekt der Geschlechterbeziehungen: Die Wehrpflicht, das Ernährerprinzip, die Definition der Frauenerwerbsarbeit und nicht zuletzt das zeitgenössische Verständnis der unterschiedlichen Staatlichkeit von Mann und Frau brachten eine Sozialpolitik hervor, die durch starke Grenzziehungen geprägt war. Die Auswirkungen einer derart verstandenen ungleichen sozialen Absicherung von Mann und Frau zeigen sich bis heute.

Chantal Magnin
Der Alleinernährer. Eine Rekonstruktion der Ordnung der Geschlechter im Kontext der sozialpolitischen Diskussion von 1945 bis 1960 in der Schweiz

Im Laufe der 1950-Jahre wurde die Erwerbstätigkeit von Müttern zunehmend als Ausdruck sozialer Missstände gedeutet, welche es mit Hilfe sozialpolitischer Massnahmen zu beheben galt. Die Zahl dieser Mütter wurde zum Gradmesser für Wohlstand und Wohlfahrt. Handelt es sich dabei um ein für die 1950er-Jahre typisches Phänomen? Manifestiert sich darin die damalige Ordnung der Geschlechter? Und wie hängt diese mit der künftigen Ausgestaltung des Schweizer Sozialstaates zusammen?
Aufgrund der bei Kriegsende (1944/45) geführten Familienschutzdebatte wird deutlich, dass sich Parlamentarier über alle Parteigrenzen hinweg einig darin waren, dass Schweizer Mütter dem Erwerbsleben «entrissen» und der Familie «zurückgegeben» werden sollten. Trotzdem wurde auf Bundesebene weitgehend auf familienpolitische Massnahmen verzichtet. Dieser Verzicht ist vor dem Hintergrund des, im internationalen Vergleich, nur zögerlichen Aufbaus des Sozialstaates zu sehen. Dem Subsidiaritätsprinzip folgend wurde möglichst lange auf private Sicherungsformen gesetzt, auch auf die Familie.
Doch gerade eine möglichst breite Anwendung dieses Prinzips machte es umgekehrt notwendig, dass das Alleinernährerkonzept realisiert wurde, was sich denn auch in einer entsprechenden Standardisierung privaten Lebens in den 1950er-Jahren äusserte. Die

bislang auf die bürgerliche Lebenswelt beschränkte Verwirklichung einer strikt geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung sowohl im Erwerbs- wie im Familienleben wurde nun aufgrund von Reallohnerhöhungen auch für untere Schichten greifbar. Mit Hilfe psychologisch fundierter Handlungsanleitungen gelang es, im Rahmen des Wohlfahrtskompromisses, den Frauen «soziale Pflichten» zu delegieren, die dem künftigen Sozialstaat erspart bleiben sollten.